

## Niederschrift

über die 11. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 27.09.2011 um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus  
Christof Bleichert  
Ursula Brand  
Dietmar Busch  
Petra Ebbinghaus  
Rolf Ebbinghaus  
Horst Enneper  
Karl-Heinz Fischer  
Detlef Graß  
Margot Grüterich  
Bernd-Eric Hoffmann  
Olaf Jung  
Claus Kanter  
Rosemarie Kötter  
Ralf-Udo Krapp  
Dietrich Lunderstädt  
Dr. Axel Michalides  
Arnold Müller  
Heide Nahrgang  
Werner Nowara  
Annette Pizzato  
Sabine Plasberg-Keidel  
Dr. Jörg Rieger  
Tobias Ronsdorf  
Rolf Schäfer  
Christoph Schlüter  
Sebastian Schlüter  
Axel Schröder  
Rolf Schulte  
Dietmar Stark  
Klaus Steinmüller  
Gerd Uellenberg  
Peter Fritz Sebastian Ullmann  
Annette Verhees  
Christian Viebach  
Gudrun Weber  
Dr. Jörg Weber  
Harald Weiss

ab 16.10 Uhr

von der Verwaltung

Ute Butz  
Rainer Meskendahl  
Frank Nipken  
Regine Schmidt  
Burkhard Klein

Schriftführerin

Vanessa Jäger

Gäste

Ronald Eden  
Eike Westermann

zu TOP 18  
zu TOP 3

es fehlt:

Ratsmitglieder

Klaus Haselhoff  
Thomas Klee  
Thomas Lorenz  
Rainer Röhlig  
Michael Tissarek  
Alexander Vogt

## **Tagesordnung:**

### **(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 10. Sitzung des Rates der Stadt am 28.06.2011 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Mögliche Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts zur Veränderung der Beteiligungsstruktur zwischen Bäder GmbH und Stadtwerke GmbH BV/0239/2011/1
5. Kritische Begleitung des Islamunterrichtes und zur Initiative "Radevormwalder Schulen sagen Nein zur Scharla" (Antrag der ProNRW-Fraktion vom 29.07.2011) AN/0044/2011
6. Kooperation mit dem Internetportal Abgeordnetenwatch.de (Antrag der ProNRW-Fraktion vom 27.07.2011) AN/0047/2011
7. Resolution: Demokratische Ratsfraktionen solidarisch gegen politische Kriminalität (Antrag der ProNRW-Fraktion vom 10.08.2011) AN/0046/2011
8. Änderung der Linienführung der Buslinie 626 in den Wintermonaten (Antrag von Herrn Ullmann vom 14.09.2011) AN/0048/2011

- |       |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 9.    | Gedenken zum 70. Jahrestag der Ermordung von 27 Franzosen durch deutsche Faschisten in Châteaubriant (Antrag von Herrn Ullmann vom 14.09.2011)                                                                                                                                                                                                 | AN/0049/2011   |
| 10.   | Bebauungsplan Nr. 17 b, 1. Änderung - Nordstadt - zwischen Bernd-Rosemeyer-Straße und Uelfe-Wuppertal-Straße<br>hier: Bericht über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Satzungsbeschluss | BV/0238/2011   |
| 11.   | Feststellung Jahresabschluss 2008, Behandlung Jahresfehlbetrag, Entlastung Bürgermeister                                                                                                                                                                                                                                                       | BV/0245/2011/1 |
| 12.   | Konzessionsvertrag Gas und Strom                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |                |
| 12.1. | Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | BV/0255/2011   |
| 12.2. | Beendigung bzw. Auflösung des mit der Stadtwerke Radevormwald GmbH abgeschlossenen Konzessionsvertrages Gas, Strom aus dem Jahr 2003                                                                                                                                                                                                           | BV/0247/2011   |
| 13.   | Besetzung von Ausschüssen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | AN/0045/2011   |
| 14.   | Genehmigung einer Ermächtigungsübertragung für die Investitions-Auszahlung Kanalbau Albert-Einstein-Straße gem. § 22 GemHVO                                                                                                                                                                                                                    | BV/0254/2011   |
| 15.   | Über- u. außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen                                                                                                                                                                                                                                                                                        | IV/0186/2011   |
| 16.   | Mitteilungen und Fragen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                |

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er verweist auf den nachträglichen Antrag der AL-Fraktion und auf die vorliegende Tischvorlage, die einen Änderungsantrag von Herrn Ullmann zu TOP 9 beinhaltet.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung merkt Herr Ebbinghaus an, dass der nachträgliche Antrag der AL-Fraktion für den öffentlichen Teil der Sitzung angedacht war. Er räumt zwar ein, dass eine Verlegung in den nichtöffentlichen Teil teilweise nachvollziehbar sei, ist aber der grundsätzlichen Meinung, dass durch diesen Antrag keinerlei Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Daher sollte man dem Grundsatz folgen, grundsätzlich alles öffentlich abzuhandeln.

Der Bürgermeister entgegnet darauf hin, dass er den Antrag an den Geschäftsführer der Bäder Radevormwald GmbH, Herrn Eden, weitergeleitet hat und dieser die gewünschten Auskünfte nur im nichtöffentlichen Teil zur Wahrung der Unternehmensinteressen erteilen will.

Herr Ebbinghaus wirft ein, dass die Bäder Radevormwald GmbH zu 100% kommunal ist und der Bürgermeister der Vertreter dieser Gesellschaft sei. Der Antrag begehrt Auskünfte vom Vertreter, nicht vom Geschäftsführer.

Der Bürgermeister erklärt Herrn Ebbinghaus, dass die Stadt der Gesellschafter ist, nicht er selbst. Zudem merkt er an, dass Herr Eden, als Geschäftsführer der Bäder GmbH, das benötigte Fachwissen besitzt, um die geforderten Informationen zu liefern. Die entsprechende Gesellschaftssatzung sieht vor, dass nur Herr Eden über die Art der Berichterstattung entscheiden kann.

Nachdem der Bürgermeister zu einer Abstimmung aufrufen will, ob Herr Eden die Auskünfte zu TOP 18 nun öffentlich oder nichtöffentlich erteilen soll, weist Herr Stark darauf hin, dass es bei der herrschenden Rechtslage dem Rat durch einen Beschluss nicht möglich ist, diese Entscheidung des Geschäftsführers zu ändern.

Daher erfolgt keine Abstimmung.

## **(Öffentlicher Teil)**

### **1. Niederschrift über die 10. Sitzung des Rates der Stadt am 28.06.2011 (öffentlicher Teil)**

---

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Michalides erklärt Herr Meskendahl, dass die Messwerte der Mobilfunksendeanlagen der letzten Niederschrift sowohl in der Papierform als auch im Internet beigefügt wurden.

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

## **2. Informationen des Bürgermeisters**

---

a) Der Bürgermeister berichtet von der Stellungnahme der Kommunalaufsicht bezüglich der geplanten Breitbandversorgung der Wupperortschaften. Der Kreis wurde informiert, dass dieses Vorhaben bei einem Eigenanteil der Stadt in Höhe von ca. 20.000 € in naher Zukunft realisiert werden könnte. In ihrer ersten Stellungnahme macht die Kommunalaufsicht klar, dass es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handelt. Eine abschließende Entscheidung diesbezüglich ist noch nicht ergangen.

b) Des Weiteren informiert der Bürgermeister den Rat der Stadt über die Entscheidung der Kommunalaufsicht, anstelle der beschlossenen zwei Stellen für die Feuer- und Rettungswache lediglich eine Stelle mit einer Befristung von zwei Jahren zu genehmigen.

Herr Schäfer wundert sich, dass dem Ratsbeschluss nicht gänzlich gefolgt wurde. Er merkt an, dass ihm vom Kreis zugetragen wurde, dass lediglich eine Stelle beantragt worden ist. Der beschlossene Brandschutzbedarfplan hat allerdings zwei zusätzliche Stellen vorgesehen, um die Einsatzfristen zu verkürzen.

Der Bürgermeister sagt zu, den Fraktionen zur Klärung der Angelegenheit den Schriftverkehr mit der Kommunalaufsicht zukommen zu lassen.

c) Der Bürgermeister bedauert, dass es in jüngster Zeit wiederholt zu rechtsradikalen Aktionen gekommen ist. Bei dem jüngsten Vorfall wurde das Schulzentrum beschmiert und Personen abgebildet, die ins Kreuzfeuer genommen wurden. Er erklärt die Solidarität des Rates mit den angegriffenen Personen, speziell Herrn Rektor Paulig.

## **3. Einwohnerfragestunde**

---

Es liegen keine Anfragen vor.

## **4. Mögliche Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts zur Veränderung der Beteiligungsstruktur zwischen Bäder GmbH und Stadtwerke GmbH**

---

Der Bürgermeister erklärt, dass Herr Westermann von PWC bereits in verschiedenen Gremien und bei den Fraktionen über die mögliche Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts zur Veränderung der Beteiligungsstruktur zwischen Bäder GmbH und Stadtwerke GmbH berichtet hat. Aus diesem Grund wird auf weitere Ausführungen von Herrn Westermann verzichtet.

Die Kommunalaufsicht hat sich zwischenzeitlich dahingehend geäußert, dass zur geplanten Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts, weder eine gesetzliche Pflicht besteht, noch irgendwelche erkennbar wirtschaftlichen Vorteile entstehen. Deshalb seien die für den Auftrag benötigten Finanzmittel noch nicht freigegeben worden.

Der Bürgermeister führt an, dass der Kommunalaufsicht die eigentlichen Gründe für diese Änderung noch nicht ganz deutlich sind. Er sagt zu, dass bei einer heutigen, positiven Beschlussfassung, die Kommunalaufsicht noch einmal angeschrieben werden soll. In diesem Schreiben soll dann dargelegt werden, dass man die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts anstrebt, um die gegenseitigen Abhängigkeiten der Unternehmen untereinander aufzulösen und hierdurch eine Gefährdung der Stadtwerke GmbH im Falle einer Insolvenz der Bäder GmbH zu vermeiden.

Herr Schröder sieht in diesem Vorhaben keinen Vorteil. Seiner Meinung nach stehen die dafür notwendigen Ausgaben in Höhe von 150.000 € keinem ersichtlichen Nutzen gegenüber. Demnach wird die FDP-Fraktion diesem Beschluss nicht zustimmen.

Nach Ansicht von Herrn Ullmann, wird mit der Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts mehr Sicherheit geschaffen. Somit wird er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen. Er erwartet, dass die entsprechende Satzung der Anstalt öffentlichen Rechts so gestaltet wird, dass die Politik mehr Kontrolle hat.

Herr Ebbinghaus kann die Ausführungen von Herrn Schröder nicht nachvollziehen. In diesem Zusammenhang erinnert er an den Vertrag mit dem RWE und betont, dass es bei der möglichen Begründung einer Anstalt öffentlichen Rechts eine Insolvenzversicherung gibt. Er weist darauf hin, dass der Beschluss erstmal eine Untersuchung vorsieht, die prüfen soll, ob eine Gründung überhaupt möglich ist bzw. sich positiv auswirkt.

Herr Viebach verweist auf den Beschlussvorschlag. Der Rat beschließt diese Angelegenheit vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung durch die Kommunalaufsicht. Es geht für beide Tochtergesellschaften, die Bäder GmbH sowie die Stadtwerke GmbH, um eine sicherere Struktur.

Herr Stark hebt hervor, dass die SPD-Fraktion Verständnis dafür hat, wenn man nicht vorbehaltlos hinter diesem Beschlussvorschlag steht. Nach Abwägung aller Kriterien wird die SPD-Fraktion diesem jedoch zustimmen.

Herr Hoffmann macht deutlich, dass es sich bei der möglichen Änderung der Beteiligungsstruktur um eine bloße Verschiebung von einer insolvenzfähigen Rechtsform zu einer insolvenzunfähigen Rechtsform handelt. Der Aspekt der Haftung bleibt hierbei unberührt.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt spricht sich grundsätzlich für die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) zur Veränderung der Beteiligungsstruktur der Bäder GmbH und Stadtwerke GmbH aus. Er ermächtigt die Verwaltung - vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde - zur Vergabe eines entsprechenden Auftrags an ein hierfür geeignetes Beratungsunternehmen.

Die endgültige Entscheidung über die Gründung der AöR fällt der Rat nach Vorliegen der einzuholenden Genehmigungen/Auskünfte der zu beteiligenden Stellen (Kommunalaufsicht/Finanzamt).

|                             |                |                                                               |
|-----------------------------|----------------|---------------------------------------------------------------|
| <b>Abstimmungsergebnis:</b> | 33 Ja-Stimmen  | (15 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister) |
|                             | 4 Nein-Stimmen | (4 FDP)                                                       |
|                             | 2 Enthaltungen | (1 UWG, 1 pro NRW)                                            |

**5. Kritische Begleitung des Islamunterrichtes und zur Initiative "Radevormwalder Schulen sagen Nein zur Scharia" AN/0044/2011  
(Antrag der ProNRW-Fraktion vom 29.07.2011)**

---

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Verwaltung sorgt in Ihrer Vorbereitung auf den im Sommer 2012 anlaufenden Islamunterricht für eine kritische Begleitung durch Vertreter geeigneter Vereine, wie etwa den Zentralrat der Ex-Muslime, Pax Europa u.ä. Außerdem möge die Verwaltung in Absprache mit Lehrern, Schülern und Schulpflegschaft eine Initiative der Radevormwalder Schulen unter dem Motto „Radevormwalder Schulen sagen Nein zur Scharia“ ins Leben zu rufen, in der Schüler und Lehrer dazu aufgerufen werden, sich gegen frauen- und freiheitsfeindliche Meinungen zu positionieren.

**Abstimmungsergebnis:** 1 Ja-Stimme (1 pro NRW)  
38 Nein-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 4 FDP, 5 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**6. Kooperation mit dem Internetportal Abgeordnetenwatch.de AN/0047/2011  
(Antrag der ProNRW-Fraktion vom 27.07.2011)**

---

Herr Ronsdorf erläutert den Antrag der pro NRW-Fraktion. Er weist zudem darauf hin, dass der Zutritt des Rates bei dieser Internetplattform kostenfrei wäre und das Pilotprojekt bei den Bürgern sehr gut angekommen ist.

Herr Michalides vertritt die Meinung, dass dies grundsätzlich keine Aufgabe der Verwaltung sondern der einzelnen Ratsmitglieder und Fraktionen sei.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt sich mit den Verantwortlichen des Internetportals „www.abgeordnetenwatch.de“ ins Benehmen zu setzen. Zielsetzung soll hierbei der baldmöglichste Zutritt des Rates der Stadt Radevormwald beim Pilotprojekt „Städte und Gemeinden“, in dem Ratsmitglieder direkt von Bürgern befragt werden, sein.

**Abstimmungsergebnis:** 1 Ja-Stimme (1 pro NRW)  
38 Nein-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 4 FDP, 5 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**7. Resolution: Demokratische Ratsfraktionen solidarisch gegen politische Kriminalität (Antrag der ProNRW-Fraktion vom 10.08.2011) AN/0046/2011**

Herr Ronsdorf erläutert den Antrag der pro NRW-Fraktion. Er gibt bekannt, dass pro NRW eine Belohnung von 500 € für die Ergreifung der Täter ausgesetzt hat. Er fordert den Rat der Stadt auf nicht nur rechtsradikale Aktionen zu maßregeln, sondern auch anders politisch Gesinnte diesbezüglich zu beobachten. Er beantragt eine namentliche Abstimmung zu diesem Antrag.

Herr Ebbinghaus befindet diesen Antrag als überflüssig, da die tatsächlichen Verursacher der Häuserschmierereien nicht bekannt sind. In diesem Fall ist eine politische Zuordnung unmöglich.

Herr Schäfer fügt ergänzend hinzu, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit der Strafverfolgung handelt und um keine, die einer Beschlussfassung des Rates bedarf.

Es erfolgt nun eine namentliche Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald nimmt mit Bedauern und Entrüstung zur Kenntnis, dass von mutmaßlich linksextremistischen Politikriminellen mindestens ein Dutzend Häuser in Dahlerau mit Farbschmierereien verunziert wurden und erklärt sich solidarisch mit den geschädigten Bürgern. Der Rat verurteilt, dass auch Organe der örtlichen Linkspartei gemeinsam mit militanten Linksextremisten dazu beitragen, ein geistiges Klima zu schaffen, in dem sich derartige Straftäter sogar noch legitimiert fühlen könnten.

|                               | Ja | Nein | Enth. |
|-------------------------------|----|------|-------|
| Bartholomäus, Ingrid (CDU)    |    | x    |       |
| Bleichert, Christof (FDP)     |    | x    |       |
| Brand, Uschi (UWG)            |    | x    |       |
| Busch, Dietmar (CDU)          |    | x    |       |
| Ebbinghaus, Petra (AL)        |    | x    |       |
| Ebbinghaus, Rolf (AL)         |    | x    |       |
| Enneper, Horst (CDU)          |    | x    |       |
| Fischer, Karl-Heinz (UWG)     |    | x    |       |
| Graß, Detlef (SPD)            |    | x    |       |
| Grüterich, Margot (SPD)       |    | x    |       |
| Hoffmann, Bernd Eric (UWG)    |    | x    |       |
| Jung, Olaf (CDU)              |    | x    |       |
| Kanter, Claus (FDP)           |    | x    |       |
| Dr. Korsten, Josef (Bürgerm.) |    | x    |       |
| Kötter, Rosemarie (SPD)       |    | x    |       |
| Krapp, Ralf-Udo (CDU)         |    | x    |       |
| Lunderstädt, Dietrich (CDU)   |    | x    |       |
| Dr. Michalides, Axel (AL)     |    | x    |       |
| Müller, Arnold (SPD)          |    | x    |       |



|                               |   |   |  |
|-------------------------------|---|---|--|
| Nahrgang, Heide (SPD)         |   | x |  |
| Nowara, Werner (UWG)          |   | x |  |
| Pizzato, Annette (FDP)        |   | x |  |
| Plasberg-Keidel, Sabine (CDU) |   | x |  |
| Dr. Rieger, Jörg (SPD)        |   | x |  |
| Ronsdorf, Tobias (proNRW)     | x |   |  |
| Schäfer, Rolf (CDU)           |   | x |  |
| Schlüter, Christoph(CDU)      |   | x |  |
| Schlüter, Sebastian (CDU)     |   | x |  |
| Schröder, Axel (FDP)          |   | x |  |
| Schulte, Rolf (CDU)           |   | x |  |
| Stark, Dietmar (SPD)          |   | x |  |
| Steinmüller, Klaus (UWG)      |   | x |  |
| Uellenberg, Gerd (CDU)        |   | x |  |
| Ullmann, Fritz (LINKE)        |   | x |  |
| Verhees, Annette (SPD)        |   | x |  |
| Viebach, Christian (CDU)      |   | x |  |
| Weber, Gudrun (SPD)           |   | x |  |
| Dr. Weber, Jörg (CDU)         |   | x |  |
| Weiss, Harald (CDU)           |   | x |  |

Insgesamt: 1 Ja – Stimme, 38 Nein-Stimmen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

---

#### 8. **Änderung der Linienführung der Buslinie 626 in den Wintermonaten (Antrag von Herrn Ullmann vom 14.09.2011)** AN/0048/2011

---

Herr Ullmann erläutert seinen Antrag.

Herr Viebach beantragt im Namen der CDU-Fraktion, dass dieser TOP in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr verwiesen wird.

Herr Ullmann stimmt dieser Entscheidung grundsätzlich zu, bittet jedoch zu Bedenken, dass die Entscheidung aufgrund des bevorstehenden Winters zeitnah ergehen sollte.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, dass der TOP 8 zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr verwiesen wird.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**9. Gedenken zum 70. Jahrestag der Ermordung von 27 Franzosen durch deutsche Faschisten in Châteaubriant (Antrag von Herrn Ullmann vom 14.09.2011) AN/0049/2011**

---

Herr Ullmann erläutert seinen Antrag und weist auf den vorliegenden Änderungsantrag hin. Er betont noch einmal explizit die Wichtigkeit einer solchen Würdigung.

Der Bürgermeister erwähnt, dass es bereits in der Vergangenheit vielfache Würdigungen gegeben hat.

Herr Ronsdorf beantragt, dass das Wort „Faschismus“ im Änderungsantrag von Herrn Ullmann durch das Wort „Nationalsozialismus“ ersetzt werden soll.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den Antrag von Herrn Ullmann mit der beantragten Änderung von Herrn Ronsdorf.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beauftragt die Verwaltung der Stadt Radevormwald, in Absprache mit den Fraktionen einen Vertreter der Stadt Radevormwald im Rahmen der offiziellen Delegation zwischen dem 6. und dem 11. Oktober zu bestimmen, um zeitnah zum 22. Oktober 2011, dem 70. Jahrestag der Erschießung von 27 französischen Gefangenen aus dem Internierungslager Châteaubriant, an der Gedenkstätte „Carrière des Fusillés“ einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Namen der Stadt Radevormwald, ihrer Bürger und des Rates der Stadt Radevormwald niederzulegen. Es wird dementsprechend beantragt, die Kosten für einen angemessenen Kranz aus Mitteln des laufenden Haushalts zu finanzieren.

**Abstimmungsergebnis:** 5 Ja-Stimmen (3 AL, 1 pro NRW, 1 fraktionslos)  
34 Nein-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 4 FDP, 5 UWG, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**10. Bebauungsplan Nr. 17 b, 1. Änderung - Nordstadt - zwischen Bernd-Rosemeyer-Straße und Uelfe-Wuppertal-Straße BV/0238/2011**  
**hier: Bericht über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Satzungsbeschluss**

---

Herr Ebbinghaus meldet seine persönlichen Bedenken gegen den Bebauungsplan an. Da jedoch die betroffenen Eigentümer keine Einwendungen vorgebracht haben, wird auch er diesem Bebauungsplan zustimmen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 17 B, 1. Änderung – Nordstadt - zwischen Bernd-Rosemeyer-Straße und Uelfe-Wuppertal-Straße - als Satzung und stimmt der Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**11. Feststellung Jahresabschluss 2008, Behandlung Jahres- BV/0245/2011/1  
fehlbetrag, Entlastung Bürgermeister**

---

Herr Schröder berichtet, dass das Rechnungsprüfungsamt des Oberbergischen Kreises vom Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 beauftragt wurde. In der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wurde dieser detailliert und ausführlich geprüft. Dort wurde sich dem Prüfungsbericht in vollem Umfang angeschlossen.

**Beschluss:**

Der Rat

- a) stellt den Jahresabschluss 2008, Bilanzsumme der Schlussbilanz 177.445.934,47 €, Eigenkapital 59.699.518,84 €, fest,
- b) beschließt, den Jahresfehlbetrag von 4.450.927,17 € der Ausgleichsrücklage zu entnehmen und
- c) erteilt dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2008 Entlastung.

**Abstimmungsergebnis:** 37 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 4 FDP, 5 UWG, 3 AL, 1 Bürgermeister)  
2 Enthaltungen (1 pro NRW, 1 fraktionslos)

---

**12. Konzessionsvertrag Gas und Strom**

---



---

**12.1. Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW**

---

**BV/0255/2011**

Der Bürgermeister verweist auf die Bürgeranregung und erläutert, dass diese aus organisatorischen und zeitlichen Gründen nicht wie in der Hauptsatzung vorgesehen im Hauptausschuss behandelt wird, sondern in der heutigen Ratssitzung.

Herr Michalides teilt die in der Bürgeranregung angesprochenen Bedenken bezüglich der Vertragsverlängerung.

**12.2. Beendigung bzw. Auflösung des mit der Stadtwerke Radevormwald GmbH abgeschlossenen Konzessionsvertrages Gas, Strom aus dem Jahr 2003** **BV/0247/2011**

---

Der Bürgermeister betont, dass die Initiative zur Auflösung des Konzessionsvertrages von den Stadtwerken kommt.

Frau Ebbinghaus gibt zu Bedenken, dass die Sachlage mit der neuen Geschäftsführung im Jahr 2012 eine ganz andere sein könnte. Sie schlägt daher vor, die endgültige Entscheidung bis zur Einführung der neuen Geschäftsführung zu verschieben.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den aus dem Jahr 2003 mit der Stadtwerke Radevormwald GmbH bestehenden Konzessionsvertrag für Strom und Gas vorzeitig zu beenden bzw. aufzulösen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, alle notwendigen Schritte zur kurzfristigen Umsetzung eines wettbewerblichen Verfahrens gem. den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) einzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:** 34 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 4 FDP, 5 UWG, 1 Bürgermeister)  
5 Nein-Stimmen (3 AL, 1 pro NRW, 1 fraktionslos)

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass durch die getroffene Entscheidung zur Beendigung des Konzessionsvertrages auch über die Bürgeranregung entschieden wurde. Der Antragsteller wird eine entsprechende Stellungnahme vom Bürgermeister erhalten.

**13. Besetzung von Ausschüssen** **AN/0045/2011**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der pro NRW-Fraktion Herrn René Illhardt als Mitglied des Jugendhilfeausschusses für Frau Jennifer Zirkel. Als stellvertretendes Mitglied wird Frau Beate Bötte für Herrn Daniel Kuckelsberg für den Jugendhilfeausschuss benannt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der pro NRW-Fraktion Herrn Joachim Bötte als stellvertretendes Mitglied für den Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der SPD-Fraktion Frau Ursula Hebrock als sachkundige Bürgerin des Ausschusses für Schule und Kultur.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der SPD-Fraktion Herrn Dr. Jörg Rieger als Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke GmbH für Herrn Thomas Klee.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der FDP-Fraktion Herrn Rainer Röhlig als Mitglied des Bauausschusses für Herrn Rainer Weyer. Als stellvertretendes Mitglied wird Frau Jutta Eifer benannt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der AL-Fraktion Herrn Christopher Ebbinghaus als Mitglied im Seniorenbeirat für Herrn Manuel Schaub.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**14.            Genehmigung einer Ermächtigungsübertragung für die            BV/0254/2011  
                 Investitions-Auszahlung Kanalbau Albert-Einstein-Straße  
                 gem. § 22 GemHVO**

---

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Ermächtigungsübertragung gem. § 22 GemHVO für den Kanalbau Albert-Einstein-Straße.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**15. Über- u. außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0186/2011**

---

Auf Nachfrage von Herrn Bleichert erklärt Herr Meskendahl, dass es sich bei den Ausgaben zur Umgestaltung der Ausfahrt Oststr., der Kaiserstr./Weststr., der Zufahrt Hohentr. Oststr. und der Kaiserstr./Weststr. nicht um solche für die Baumaßnahmen handelt, sondern lediglich um Kosten für vorbereitende Planungsaufträge.

Herr Ebbinghaus hinterfragt die Ausgaben für die Beteiligung WfG und erkundigt sich, um welche Kosten es sich bei dieser Position handelt.

Herr Meskendahl erklärt hierzu, dass es sich um Kosten für die Beratung durch Herrn Dr. Kaack handelt, der die WfG bei den Vorbereitungen zum Thema Breitbandversorgung der Wupperorte beraten und unterstützt hat.

Der Rat nimmt die vorliegende Liste der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Investitionen zur Kenntnis.

**16. Mitteilungen und Fragen**

---

a) Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus ob die geplante Maßnahme der Breitbandversorgung der Wupperorte auch im nächsten Jahr vom Land bezuschusst wird, falls es 2011 nicht mehr möglich ist, mit den notwendigen Arbeiten zu beginnen, erklärt Herr Meskendahl, dass dies auch im Jahr 2012 möglich ist.

b) Herr Schröder berichtet von einem Vorhaben der Landesregierung NRW zukünftig Schulentilgungen bei den Städten zu leisten, deren Haushaltslage kritisch ist. Er fragt in diesem Zusammenhang, warum die Stadt Radevormwald nicht berücksichtigt wurde.

Herr Meskendahl teilt diesbezüglich mit, dass die Stadt Radevormwald im Verhältnis zu anderen, noch finanziell schwächeren Städten die Voraussetzungen für eine derartige Zuweisung nicht erfüllt.

Ende der öffentlichen Sitzung: 17.20 Uhr

Dr. Josef Korsten  
Vorsitzender

Vanessa Jäger  
Schriftführer